



## Novellierung des Berufsbildungsgesetzes

### Aktuelles Vorhaben

In ihrem Koalitionsvertrag von 2013 hat die Bundesregierung vereinbart, das Berufsbildungsgesetz (BBiG) auf den Prüfstand zu stellen und zu erneuern. Für die IG Metall ist das der Anlass, ihre Forderungen nach Verbesserungen für Auszubildende und dual Studierende einzubringen.

### Bedeutung des BBiG

Das BBiG regelt die Rechte und Pflichten der Auszubildenden sowie der Ausbildenden, sie sind in erster Linie von diesem Gesetz betroffen.

**Für die betrieblichen Interessenvertreter/-innen ist das BBiG eine wichtige gesetzliche Grundlage**, um die betrieblichen Ausbildungsbedingungen zu verbessern und zu gestalten.

**Hohe Bedeutung hat das BBiG für viele weitere Akteure**, deren Tätigkeit auf diesem Gesetz basiert, darunter beispielsweise: Ausbilderinnen und Ausbilder im Betrieb, Prüferinnen und Prüfer in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Mitglieder der Berufsbildungsausschüsse, Ausbildungsberaterinnen und -berater der Industrie- und Handelskammern. Ebenso für alle, die eine berufliche Fortbildung oder Umschulung machen.

Die im BBiG beschriebenen Standards, Rechte und Pflichten sowie Steuerungsinstrumente legen die Normen vieler weiterer gesetzlicher Regelwerke fest. Sie finden sich, wenn auch abgewandelt, zum Beispiel in der Handwerksordnung wieder.

### Mitbestimmung

Die betriebliche Interessenvertretung, Betriebsratsgremien und Jugend- und Auszubildendenvertretungen, haben in Fragen der beruflichen Bildung weitreichende Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte. Neben Mitsprache- und Vetorecht können sie auch selbst initiativ werden und eigenständig vorschlagen, wie die Ausbildung besser gestaltet werden sollte. Notfalls können sie gemäß Betriebsverfassungsgesetz ihre Vorschläge über eine Einigungsstelle durchsetzen.

### Die Regelungen des BBiG

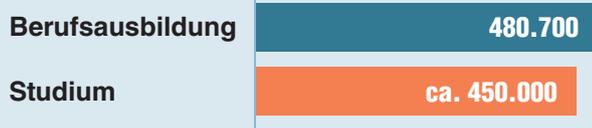
Das BBiG setzt die Rahmenbedingungen der beruflichen Bildung in Deutschland. Es beschreibt den Grundsatz des dualen Systems. Bundesweit sorgt es für einheitliche Voraussetzungen und gemeinsame Qualitätsstandards. Der schulische Teil der Berufsausbildung wird durch die Landesgesetzgebung geregelt.

Konkret regelt das BBiG zum Beispiel:

- die Rechte und Pflichten der Auszubildenden sowie der Ausbildenden
- Beginn und Beendigung des Ausbildungsverhältnisses
- die Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbildungspersonals
- die Anerkennung von Ausbildungsberufen
- das Prüfungswesen

### Studium und Berufsausbildung

Anfängerzahlen im dualen System und Studium 2015



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, 2016



## Novellierung des Berufsbildungsgesetzes

### „Wir wollen die duale Ausbildung stärken und modernisieren ...“

*Wir werden das Berufsbildungsgesetz evaluieren und Anpassungen prüfen, insbesondere in Hinblick auf die Erhöhung der Durchlässigkeit, die Stärkung der Ausbildungsqualität und gestufter Ausbildungen, die Bildung von Berufsfamilien und die Sicherung des Ehrenamts in den Prüfungsgremien. Wir bekräftigen zudem den hohen Wert des Konsensprinzips in der Berufsordnungsarbeit von öffentlicher Hand und Sozialpartnern.“*

Auszug aus dem Koalitionsprogramm der Bundesregierung von 2013

### Hintergrund

Die duale Berufsausbildung in Deutschland vermittelt eine umfassende betriebliche und gesellschaftliche Handlungskompetenz. Sie verknüpft Praxiswissen, theoretisches betriebliches Können und berufliche Gestaltungsfähigkeit zusammen mit Reflexion und Verantwortlichkeit. So wird erreicht, dass ein hoher Prozentsatz der Absolventen in den Arbeitsmarkt übergeht.

Es gibt derzeit allerdings eine paradoxe Situation:

- international wächst das Interesse am dualen System, teilweise wird das duale System als Erfolgsmodell gefeiert,
- in Deutschland steht es mehrfach unter Druck. Beispielsweise durch das von Teilen der Wirtschaft geforderte Modell der modularen Berufsausbildung oder durch die drängende Forderung, zweijährige Berufsausbildungen anzubieten.

Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend hat in den letzten Jahren etliche Qualitätsmissstände in der dualen Berufsausbildung offengelegt:

**Viele Azubis leisten Überstunden und werden fachlich unzureichend ausgebildet.**

Zudem hat sich das duale Studium an der Schnittstelle zwischen Betrieben und Hochschulen etabliert, ohne dass es bis heute eine passende gesetzliche Grundlage dafür gibt. Die zunehmende Verzahnung von akademischer und beruflicher Bildung wird im Gesetz noch nicht berücksichtigt.

### Die Forderungen der IG Metall

*Aus Sicht der IG Metall gibt es erheblichen Verbesserungsbedarf, hier die wichtigsten Punkte:*

**Erhöhung der Ausbildungsqualität:** *Notwendig sind klare, verbindliche Qualitätsstandards.*

**Lehr- und Lernmittelfreiheit:** *Die Ausbildung darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Für Auszubildende müssen Bücher, Fahrtkosten oder sonstige Lernmittel kostenfrei sein.*

**Gesetzliche Grundlage für das duale Studium:** *Notwendig ist Rechtssicherheit auch für dual Studierende.*

**Ausbildung garantieren:** *Jeder, der eine berufliche Ausbildung machen möchte, soll das auch tun können.*

**Ausbildungsvergütung:** *Tarifliche Vergütungen sollen für alle Auszubildende, inklusive schulischer und außerbetrieblicher Ausbildung, gelten.*

**Berufsschule und Betrieb:** *Die Berufsschulzeiten müssen vollständig auf die betriebliche Ausbildungszeit angerechnet werden, auch für volljährige Auszubildende. Die Kooperation zwischen Berufsschule und Betrieb muss besser werden.*

*Grundsätzlich geht es der IG Metall um Veränderungen, von denen Auszubildende und dual Studierende in den Betrieben und den Berufsschulen direkt profitieren. Jugendliche brauchen eine qualitativ hochwertige Ausbildung und klare, verlässliche Bedingungen.*